



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anfertigungsgebühr für den Raum einer sechsteiligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 353. Morgen-Ausgabe.

Reinundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 1. August 1878.

Die Untersuchung über die Fälschungen bei der Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Der Wahlbetrug in jeder nur denkbaren Weise und in der großartigsten Ausdehnung, auf Seiten der beiden großen Parteien in den Vereinigten Staaten, ist dem amerikanischen Volke schon lange nicht mehr etwas Neues oder Außerordentliches. Das amerikanische Volk ist ein praktisches, dem an der Wiederherstellung des gegenwärtig sehr gedrückten, geschäftlichen Vertrauens weit mehr gelegen ist, als an der offiziellen Feststellung der hinlänglich bekannten Thatsache, daß der Wahlsieg des Präsidenten Hayes, dessen Amtsdauer ohnehin fast zur Hälfte verstrichen ist, durch ein die Südstaaten Louisiana, Florida und Süd-Carolina umfassendes System von Fälschungen bewerkstelligt wurde.

Der Beschluß des Hauses der Repräsentanten hinsichtlich der Untersuchung der Wahlfälschungen (nach dem Namen des Antragstellers bekannt als die Potter-Resolution) wurde von einem großen Theil des Volkes und der Presse mit entschiedenem Mißtrauen aufgenommen. Man glaubte, daß diese Untersuchung nur den Parteizweck habe, so rasch wie möglich durch Absetzung des Präsidenten Hayes die demokratische Partei an die Spitze der Regierung zu bringen — und man sah bereits in diesem Manöver die Anzeichen des heranrückenden Bürgerkrieges.

Mit vielem Geschick wußten die Führer der Demokraten diese Befürchtungen zu beschwichtigen und der Untersuchung den Anschein einer richterlichen und patriotischen Maßregel zu geben.

Am 14. Juli d. J. wurde im Hause der Repräsentanten mit 215 Stimmen gegen 21 folgende Resolution angenommen:

„Da am 4. März 1877 der Congress nach Zählung der Stimmen sämtlicher Staaten erklärt hat, daß Hayes zum Präsidenten und Wheeler zum Vice-Präsidenten gewählt worden ist, so hat kein anderer Congress, noch eines der Häuser desselben, die Macht, diese Entscheidung einer Prüfung zu unterwerfen, sie abzuändern oder zu widerrufen. — Jeder derartige Versuch wäre ein revolutionäres Verfahren.“

Eine zweite, noch weitergehende Resolution, die mit derselben Majorität angenommen wurde, erklärt:

„Daß kein Tribunal der Vereinigten Staaten, und keines, das der Congress gemäß der Constitution creiren könnte, die Macht besäße, eine Entscheidung des Congresses hinsichtlich der Wahl des Präsidenten in Frage zu stellen.“

Die Demokraten haben sehr wohl berechnet, daß diese so friedfertig klingenden Beschlüsse ihrem Kriegsplan nicht das mindeste Hindernis entgegenstellen. Nicht nur hoffen die Demokraten, in Folge der Untersuchung die nächsten Congresswahlen zu ihren Gunsten zu wenden, und sich im Senat, wo jetzt die Parteien in gleicher Stärke einander gegenüberstehen, eine entscheidende Majorität zu verschaffen, sondern sie haben auch ohne Zweifel im Sinn, auf dem indirecten, aber durchaus legalen, von der Bundes-Constitution selbst vorgezeichneten Wege das Gleiche zu erreichen, was auf directem Wege zu erlangen sie als ein revolutionäres Verfahren bezeichnen. Es ist offenbar, daß die Demokraten des Repräsentantenhauses beabsichtigen, auf Grund der durch die Untersuchung in reichem Maße ans Tageslicht geförderten Belege den Präsidenten und seine intimsten Freunde vor dem Senat der Vereinigten Staaten wegen Befolgung der Wahlfälschungen — und somit auch wegen indirecter Theilnahme an den Wahl-Fälschungen — in Anklagezustand zu versetzen.

Ob die Demokraten ihr Ziel — die Absetzung des Präsidenten — erreichen werden, — wird davon abhängen, ob sie die zur Verurteilung desselben erforderliche Stimmenmehrheit von zwei Dritteln des Senats gewinnen können. Die Zahl der Demokraten im Senat des nächsten Congresses, dessen erste Sitzung am 4. März 1879 stattfindet, wird, auch wenn sämtliche Ersatzwahlen zu ihren Gunsten ausfallen, vier oder fünf Stimmen weniger als zwei Drittel des Senats betragen. Wenn man jedoch erwägt, wie feindselig die radical-republikanischen Parteiführer im Senat, wie Conkling, Blaine, Howe und Andere dem Präsidenten Hayes, der sie bei der Vertheilung der Staatsämter gänzlich unberücksichtigt ließ, gegenüberstehen, so erscheint es gar nicht unwahrscheinlich, daß die Demokraten die zur Verurteilung des Präsidenten nöthige Verstärkung von republikanischer Seite erhalten werden.

Wir wollen nun näher darauf eingehen, inwiefern die durch die Untersuchung bereits festgestellten Thatsachen eine Anklage gegen den Präsidenten und seine Rathgeber rechtfertigen können.

Wir müssen hervorheben, daß, obwohl die Hauptzeugen bei der Untersuchung in ihrer Anklage gegen den Präsidenten und seine Rathgeber sich selbst als Fälscher und als Meineidige bekennen, dennoch die hauptsächlichsten Momente der Anklage durch die historischen und urkundlichen Thatsachen des letzten Wahlkampfes bestätigt werden.

Erstens ist es unbestreitbar — dies betrifft allerdings die Verwaltung des Ex-Präsidenten Grant — daß die von der Regierung in den Südstaaten ernannten Wahl-Commissare fast ohne Ausnahme ganz gewissenlose Subjecte, also höchst brauchbare Parteiverkzeugen waren. Es scheint, daß von diesen Wahl-Commissaren nur die einzige Qualifikation verlangt wurde — ohne Rücksicht auf die tatsächlichen der Wahl-Listen und Certificate dafür zu sorgen, daß sich auf jeden Fall eine Mehrheit für die republikanischen Candidaten herausstelle.

Die betreffenden Wahlbeamten entsprachen um so eher den Erwartungen ihrer Partei, da diese, als Inhaberin der ganzen Unions-Verwaltung, für die erwarteten Leistungen solidere Versorgungen zu bieten vermochte als die demokratische Partei.

Die große Mehrzahl der Wahlcommissare leistete ihrem eigenen Zeugnis gemäß Erhebliches in der Virtuosität, nach Schluß der Wahl am 6. November 1876 demokratische Stimmen aus der Wahlurne heraus und republikanische Stimmen hinein zu practiciren. Bei der hierbei nöthigen Arbeittheilung übernahmen wiederum Andere die Fälschung der Listen und Certificate. Die bedeutenderen Capacitäten, die ihre Geschäfte nur in großem Maßstabe betrieben, verworfen theils aus eigener Machtvollkommenheit die Stimmen ganzer demokratischer Districte unter dem Vorwand, daß einige illegale Stimmen abgegeben worden seien, oder daß Intimidation der Republikaner, d. h. der Neger, stattgefunden habe, theils fertigten sie falsche Proteste aus, in denen sie ähnliche Angaben, wie die eben angeführten, beibehielten, und die selbstverständlich von den ebenfalls aus Republikanern zusammengesetzten Central-Wahlcommissionen, genannt Returning Boards, benützt wurden, um ohne weitere Ceremonie sich der demokratischen Majoritäten zu entledigen. Besonderer Erwähnung verdient jedoch das geniale Manöver

des Commissars J. C. Anderson im District Feliciana (Louisiana), der, um die Angabe der Einschüchterung als wohlbegründet erscheinen zu lassen, vorher mit den Republikanern seines Districts abgemacht hatte, daß sie sich am Wahltag gar nicht sehen lassen sollten.

Mit einem solchen Stab von Commissaren konnte es den Returning Boards nicht schwer werden, eine Majorität für Hayes zusammen zu addiren.

Versprechungen von Aemtern vor der Wahl seitens der Candidaten und ihrer Freunde sind etwas ganz Gewöhnliches in den Vereinigten Staaten. Es hat sich hierin nach und nach eine sorglose Praxis eingebürgert. So erklärt es sich, daß bei der gegenwärtigen Untersuchung solche Versprechungen nicht nur durch mündliches Zeugnis nachgewiesen werden, sondern auch durch eine voluminöse Correspondenz, durch schriftliche Recommendationen, und — so unglaublich es klingt — durch Contracte, in denen die Parteien und das quid pro quo in regulärem Kanzleystyl figuriren. Ein dieser interessanten Documente lautet, wie folgt:

„New-Orleans, den 21. November 1876.
In Gemäßheit eines Arrangements — abgeschlossen zwischen James C. Anderson, Supervisor für das Kirchspiel East Feliciana (Louisiana), und Charles E. Nash, Abgeordneter im Congress vom sechsten District in Louisiana, ist von denselben das Uebereinkommen getroffen, daß der genannte Anderson solche Belege bei Seite schaffen soll, welche dahin gehen, zu beweisen, daß bei der Wahl vom 6. November 1876 die demokratischen Candidaten im Kirchspiel East Feliciana erwählt worden sind. In Erwägung dessen verpflichtet sich der genannte Nash dem genannten Anderson den Posten des Naval Officer für den Hafen von New-Orleans zu verschaffen.“
J. C. Anderson.
C. E. Nash.“

Dieser Garantie — auf welche der ungemein mißtrauische Anderson als conditio sine qua non bestanden hatte — war die Beglaubigung zweier Zeugen beigelegt, in deren Gegenwart das Document unterschrieben worden war. Es ist nachgewiesen aus dem Register der offiziellen Ernennungen der Bundesregierung, daß mit etwa vier Ausnahmen sämtliche Wahlcommissare, die der Fälschung überführt worden sind, nach der Wahl Anstellungen in den Zoll- und Schatzämtern der Union erhalten haben.

Das „San Francisco Chronicle“, ein republikanisches Organ, sagt darüber:

„Die außerordentlich zahlreichen Amtsernennungen von Individuen, welche überführt sind, die Wahllisten in Louisiana und Florida gefälscht zu haben, können wir uns auf keine andere Weise erklären, als daß diesen Individuen von den intimsten Freunden des Präsidenten Hayes etwas in seinem Namen versprochen worden ist.“

Die intimsten Freunde des Präsidenten, Sherman, Ropes und Matthews, die nicht nur vor der Wahl, sondern auch während der Wahlprüfungen und während der zur selben Zeit im Süden stattgefundenen Präliminar-Untersuchungen die Commissare durch Versprechungen von Aemtern zur consequenten Durchführung der „guten“ Sache ermunterten, sind ebenfalls nach der Wahl vom Präsidenten zu hohen Würden befördert worden.

„Wir glauben noch immer“, sagt das genannte Journal, „daß der Präsident die Mittel nicht kannte, deren seine Freunde sich bedienten, um die Wahllisten irgend eines Staates zu fälschen; aber es ist doch nicht wenig überraschend, daß alle diese Freunde zu bedeutenden Stellen ernannt wurden, sobald Hayes die Präsidentenwahl angetreten hatte. Sherman ist Schatzsecreär geworden, Ropes ist Gesandter in Paris und Matthews ist durch den Einfluß von Hayes in Ohio zum Bundes Senator ernannt worden.“

Die Commissare, welche keine Versorgung erhielten, Anderson, Mc Lin und zwei Andere, sind gerade diejenigen, deren Leistungen den Ausschlag gaben. Des hohen Werthes derselben bewußt, bestanden diese Herren darauf, daß die Versorgung eine entsprechende sein müsse. Anderson z. B. verlangte zuvörderst das Consulat zu Callao, ein der eiträglichsten, das der Präsident zu vergeben hatte — oder auch den Posten des Naval Officer oder des Zollamts-Directors in New-Orleans.

Mc Lin bestand darauf, zum Präsidenten des Obergerichtes des Territoriums „New-Mexico“ oder wenigstens zum Richter des Bundesdistrict-Gerichts in Florida ernannt zu werden.

Während der Wahlprüfungen ließen es die intimsten Freunde des Präsidenten an sehr dringenden Empfehlungen zu Gunsten jener Herren nicht fehlen. Man sieht sehr deutlich aus dem Briefwechsel zwischen ihnen, daß die ersten Urtheile haben mußten, weshalb sie sich von Anderson und seinem anspruchsvollen Kollegen die größten Demüthigungen gefallen ließen und unermüdete Anstrengungen machten, dieselben zu beschwichtigen. Auch hatte Hayes nach seinem Regierungsantritt die Ernennung Anderson's zum Consul von Funchal bereits unterschrieben. Anderson war jedoch keineswegs durch jedes Consulat zufrieden zu stellen; das in Funchal lehnte er kurzweg ab.

Inzwischen waren die intimsten Freunde des Präsidenten als beati possidentes gegen Anderson und Consorten kühler geworden; auch schöpften sie aus deren Aussagen vor den verschiedenen Untersuchungs-Commissionen den nicht ungerechtfertigten Verdacht, daß dieselben Willens seien, gegen ein Mehrgebot von Seiten der Demokraten ihr Zeugnis zu Gunsten der letzteren abzulegen.

Selbst dann offerirte man ihnen immer noch ähnliche Anstellungen im Zoll- und Schatzamt, wie den übrigen Wahlcommissaren. Man höre, was Anderson auf diese Zumuthung an den Bundes Senator Matthews schrieb: „Das sind Aemter, wie man sie jedem Lumpen und Saufkämper für politische Handlangerdienste giebt. Mit solchen Aemtern könnt Ihr zum Teufel gehen. Vor der nächsten Wahl wird man von mir hören.“

Der Mann hat in der That sein Wort gehalten.

Der Präsident und seine intimsten Freunde befinden sich nunmehr in der eigenthümlichen Lage, zur Entkräftung der Anklage, selbst den Beweis führen zu müssen, daß die Wahlcommissare, die fast ohne Ausnahme für die ihnen geleisteten Dienste mit Aemtern belohnt wurden, Fälscher und meineidige Zeugen sind.

Welche Partei bei dieser Untersuchung die andere überwiegen wird — darauf wird es ebenso wie bei der Entscheidung der Präsidentenwahl durch die „hohe Fünfzehner-Commission“ am Ende doch ankommen — das ist von keinem sittlichen Interesse. Aber jene Enthüllungen, die wir nur andeuten konnten, sind in anderer Beziehung von unendlichem Werth; denn noch nie hat eine einzelne Phase in der Geschichte der Vereinigten Staaten dem Europäer einen so umfassenden

den Einblick gestattet in die Tiefen der Entfälschung ihres öffentlichen Lebens.

Breslau, 31. Juli.

Breslau ist bei den letzten Wahlen der alten Parole treu geblieben und hat die liberale Fahne hoch gehalten. Allerdings war der Sieg für die vereinigten liberalen Parteien nur ein halber; sie mußten ihn mit der socialdemokratischen Partei theilen, da sich trotz der Erfahrung, welche die letzten Wahlen Jedem, der überhaupt politisch denken kann, an die Hand gegeben hatten, eine Partei fand, welche eine Zerspaltung herbeiführte und somit den staatsverhaltenden Parteien eine Stichwahl aufzwang. So wurde der volle Sieg hinausgeschoben. Wir wissen nicht, wie sich die neue Partei bei der Stichwahl zu verhalten gedenkt, aber gleichviel; die liberalen Parteien müssen daran festhalten, daß sie auf sich selbst angewiesen sind, und deshalb mit neuer Kraft und verdoppelter Thätigkeit den Wahlkampf von Neuem aufnehmen. Wir sagten neulich, die Socialdemokraten würden dieses Mal in größerer Zahl als früher an der Wahlurne erscheinen; wir haben uns nicht geirrt, aber wir glauben, sie haben jetzt so ziemlich Alles aufgegeben, was zu ihnen hält; der endliche Sieg der Liberalen kann nicht zweifelhaft sein.

In Berlin hat in fast allen Bezirken die Fortschrittspartei gesiegt; nur in einem Bezirke wird sie eine Stichwahl, ebenfalls mit einem Socialdemokraten haben; die Theilnahme war, wie bei uns, außerordentlich lebhaft. Bei der Reichstagswahl am 10. Jan. 1877 gab noch nicht die Hälfte der Wahlberechtigten Berlin ihre Stimme ab; nur im dritten Wahlkreise erschienen mehr als die Hälfte der Wähler (52,3 pCt.) an der Wahlurne. Erst bei den engeren Wahlen am 26. Januar hob sich die Theilnahme auf 64,6 pCt. im ersten, 54,2 pCt. im zweiten und 73,4 pCt. im dritten Wahlkreise, um im letzten bei der Nachwahl wieder auf 63,8 pCt. zu sinken. Interessant ist die starke Zunahme der Zahl der wahlberechtigten Wähler seit der letzten Wahl. Damals waren nach der amtlichen Wahlsatzistik 174,497 wahlberechtigte Wähler; heute werden 200,907 angegeben.

Im Allgemeinen läßt sich natürlich noch nichts Definitives über das Wahlergebnis sagen; aber sehr verschieden wird die Physiognomie des neuen Reichstages von der des aufgelösten nicht sein, höchstens wird die conservative Partei einige Siege gewinnen. Eine wahrhaft komische Rolle haben die Christlich-Sozialen gespielt; sie haben eine so vollständige Niederlage erlitten, daß von ihnen gar nicht mehr die Rede ist. Es zeigt sich auch hier wie bei uns, daß nun einmal evangelische Geistliche zur politischen Agitation sich nicht eignen.

Die „Kreuzzeitung“ ist heute bereits zu der Einsicht gekommen, daß auch in dem neuen Reichstage die rechte Seite, wie viele Siege dieselbe auch erringen möge, die schwächere sein werde. Da drängt sich ihr denn die Frage auf: „Woher nun aber die Majorität nehmen, ohne die eine positive Wirksamkeit nicht möglich ist?“ — und sie kommt zu dem Schlusse, daß nur der Recurs an die conservativen Elemente des Centrums übrig bleibe. Wer aber sind denn diese conservativen Elemente? Die hervorragenden Repräsentanten derselben in der Centrumsfraction des Reichstages waren bisher die Herren Windthorst und Jöng. Nun, glaubt man, daß dieselben mit dem „Aufhören des Culturkampfes“ plötzlich in begeisterte Anhänger des neuen Deutschen Reiches umgewandelt werden würden? Wir sind überzeugt, Herr Windthorst wird nie aufhören, an den „Rechtsbruch von 1866“ zu erinnern, wie andererseits Herr Jöng den nationalen Umschwung des Jahres 1870 stets als das größte Unglück Deutschlands beklagen wird. Das eben ist der Grundfehler in allen den Rechnungen, welche über die etwaige Einwirkung einer demnächstigen Beendigung des Culturkampfes auf die Gestaltung unserer Parteiverhältnisse angestellt werden, daß man den unerbittlichen Particularismus gerade der conservativen Elemente des Centrums übersehen. Der Regierung wird, wenn sie den Ausbau des Reiches auf der einmal gewonnenen Grundlage fortsetzen will, nichts anderes übrig bleiben, als sich auch in Zukunft auf die liberale Richtung zu stützen.

Die Wiener Blätter enthalten spaltenlange Berichte über den Einmarsch der österreichischen Truppen in Bosnien. Ein besonderes Interesse gewährt dieser unblutige Feldzug bisher nicht.

Aus Rumänien meldet die „Polit. Correspond.“, daß die Russen Vorbereitungen treffen, um unmittelbar nach erfolgter Ratification des Berliner Vertrages von Bessarabien Besitz zu ergreifen. Zu diesem Behufe rücken die russischen Truppen aus der Dobrudscha nach Bessarabien vor. Dagegen ist das rumänische Kriegsministerium damit beschäftigt, diejenigen rumänischen Truppen zu designiren, welche zur Befolgung der Dobrudscha bestimmt sind. Minister-Präsident Brătianu hat sich zur vollständigen Echolung von den Folgen des letzten schweren Unfalles zum Landaufenthalte in die Umgebung von Bistritza begeben.

Die längst gehegte Vermuthung, daß die Unruhen, welche in Italien durch die Italianissimi hervorgerufen worden sind, von den Feinden der italienischen Regierung, also namentlich auch von den Jesuiten und gewissen Friedenshörern im Vatican, nicht allein gern gesehen, sondern auch thatsächlich genährt wurden, hat sich als ganz begründet erwiesen. Es ist Thatsache, daß sich unter den Tumultuanten namentlich päpstliche Schweizergarden und einige der so berufenen ehemaligen päpstlichen Schirren, denen Leo XIII. ihr Gehalt fortbezahlt, die also gleichsam noch im Solde der Curie stehen, befanden und am häufigsten „Abasso e Austria! Viva Trieste!“ geschrien haben.

Die Organe des Ministeriums versichern, daß der Legationsrath Baron Grabenegg, der den Botschafter Baron Haymerle zur Zeit vertritt, recht wohl wisse, daß die italienische Regierung keine Schuld treffe, und daß Graf Andrassy sich mit den Erklärungen derselben zufrieden gegeben habe. Das Hauptorgan der Curie, der „Osservatore“, berichtet dagegen wie eine Räuspernde Correspondenz der „S. A.“ bemerkt, mit Schadenfreude, Baron Grabenegg habe der Demonstration von einem Fenster aus zugegesehen und eine lange kiffirte Depesche nach Wien geschickt und am Tage nach dem Vorfall sogar noch einen Courier nach Wien abgesandt. Mehrere Tage vorher hatte das clericale Blatt berichtet, die österreichische Regierung habe der italienischen Kundmachung lassen, daß sie sich vorzubereiten habe, wegen der im Lande stattgehabten Manifestationen „Rechenhaft“ zu geben. Jetzt veröffentlicht der „Osservatore“ sogar folgende Sensationsnachricht an hervorragender Stelle: Soeben erhalten wir aus zuverlässiger Quelle die Nachricht, daß der Kriegsminister einige der besten Generale der Armee beauftragt hat, sich nach Verona zu begeben, um mit dem General Grafen Pianell, sobald derselbe von Turin zurückgekehrt sein wird, zu conferiren. Dasselbe Blatt machte auch kürzlich darauf aufmerksam, daß Pianell, der beste General Italiens, bereits seit 10 Jahren den so wichtigen Oberbefehlshaber-

der Königl. Strafanstalt.

Als geübte Fuhrmachersin empfiehlt
sich in und außer dem Hause
Jda Drücke, Stodgasse 28 II.

